



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.5348.03

BVD/P065348
Basel, 23. März 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 22. März 2011

Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Verbesserung J. Burckhardt-Strasse Buslinie 37

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 10. Januar 2007 den nachstehenden Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Seit einem Jahr wurde die Buslinie 37 über das Bedestha-Spital zum Aeschenplatz verlängert. Sie ersetzt damit die Kleinbuslinie 41. Die BLT fahren diese Linie mit grossen 2-achsigen Bussen. Dies ist erfreulich und eine Attraktivitätssteigerung fürs Quartier. Grössere Fahrzeuge haben auch eine andere Lenkgeometrie und brauchen an den Haltestellen mehr Platz um ans Trottoir fahren zu können. Prekär ist die Situation an der Haltestelle Jacob Burckhardt-Strasse, Richtung Aeschenplatz. Wegen der anschliessend an die Haltestelle befindlichen Wertstoffsammelstelle können die Busse nicht an den Trottoirrand fahren. Sie halten ca. 1 – 1 ½ m vom Trottoir entfernt. Die Fahrgäste müssen dann zuerst auf die Strasse aussteigen und erreichen dann erst das Trottoir. Zudem ist der Zustand der Fahrbahn an dieser Stelle schlecht und bombiert. Für ältere und gehbehinderte Passagiere ist dies eine Zumutung und widerspricht auch den Normen für behindertengerechte Haltestellen.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die Wertstoffsammelstelle verschoben werden kann, so dass der Bus an der Trottoirkante halten kann
- ob mit provisorischen baulichen Massnahmen die Haltestelle den Normen für ein behindertengerechtes Ein- und Aussteigen angepasst werden kann
- ob ein neues Tram Wartehäuschen montiert werden kann.

Dominique König-Lüdin, Michael Wüthrich, Elisabeth Ackermann, Jörg Vitelli, Esther Weber Lehner, Peter Howald, Markus Benz, Christoph Wydler, Dieter Stohrer, Brigitte Hollinger, Jan Goepfert“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Beantwortung der Fragen

..., "ob die Wertstoffsammelstelle verschoben werden kann, so dass der Bus an der Trottoirkante halten kann"

Die Wertstoffsammelstelle soll neu unterirdisch angeordnet werden. Gemäss § 55 des Bau- und Planungsgesetzes (BPG) dürfen Vorgärten weder unter- noch oberirdisch überbaut werden. Aus diesem Grund musste der Regierungsrat eine lokale Anpassung der Strassenlinie (entsprechend den Platzbedürfnissen der Unterflur-Wertstoffsammelstelle) beschliessen.

Nachdem dieser Beschluss nun vorliegt, ist eine Bebauung des sogenannten Vorgartenbereichs (Rabatte des St. Alban-Schulhauses) möglich. Die Wertstoffsammelstelle kann demnach in diesem Bereich unterirdisch angeordnet und die Bushaltestelle verschoben werden. Mit der Verschiebung der Bushaltestelle wird es dann in Zukunft auch möglich sein, dass der Bus an der Trottoirkante anhält. Dadurch wird das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste deutlich verbessert.

..., "ob mit provisorischen baulichen Massnahmen die Haltestelle den Normen für ein behindertengerechtes Ein- und Aussteigen angepasst werden kann"

Dank dem Einsatz von absenkbaren Bussen mit Rollstuhlrampen auf der Buslinie 37 ist die Zugänglichkeit für mobilitätsbehinderte Fahrgäste gewährleistet. Auf eine infrastrukturseitige Anpassung kann deshalb verzichtet werden.

..., "ob ein neues Tram Wartehäuschen montiert werden kann."

Wartehallen sind ein grosses und berechtigtes Anliegen der Fahrgäste. Aus diesem Grund hat der Grosse Rat mit Beschluss 08/15/15G vom 9. April 2008 einen Kredit über CHF 3 Mio. für die Errichtung von neuen Normwartehallen für die BVB im Zeitraum von 2008-2012 bewilligt. Dadurch wird der Witterungsschutz für wartende Tram- und Busfahrgäste bei rund 40 bis 50 Haltestellen verbessert. Beim Entscheid, ob Haltestellen neu mit einer Wartehalle ausgerüstet werden sollen oder nicht, gelten mehrere Kriterien. Unter anderem die Anzahl der an der betreffenden Haltekante durchschnittlich pro Tag zusteigenden Fahrgäste.¹

Die UVEK hat sich im Bericht zum Ratschlag betreffend Kredit für die Einrichtung von Normwartehallen der BVB² dafür ausgesprochen, dass den Fahrgästen des ÖV so viele Wartehallen wie möglich zur Verfügung stehen sollen. Gleichzeitig anerkennt sie, dass bei diesem Bestreben auch Nutzen-/Kosten-Überlegungen anzustellen sind: "Eine Wartehalle an jeder Station und in jede Richtung aufzustellen, hätte einen sehr hohen Investitionsbedarf zur Folge." Diese Mittel könnten im öffentlichen Verkehr teilweise nutzbringender eingesetzt werden

¹ Ratschlag betreffend Kredit für die Errichtung von neuen Normwartehallen für die BVB, 5. Dezember 2007, Nr. 07.1895.01

² Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission, 27. Februar 2008, Nr. 07.1895.02

als für eine Wartehalle an einer Haltestelle, die sehr wenige und/oder vor allem aussteigende Passagiere aufweist. Die UVEK kann deshalb das Setzen von Prioritäten, wie es der Regierungsrat vorschlägt, nachvollziehen. Aus diesem Grund werden zwischen 2008-2012 vor allem die Haltekanten mit einer Wartehalle ausgerüstet, an denen ca. 300 Fahrgäste pro Tag einsteigen.

Obwohl sich die Buslinie 37 durchaus positiv entwickelt, erfüllt die Haltestelle Jacob Burckhardt-Strasse diese Bedingung bei weitem nicht. Gemäss aktuellen Angaben der BLT sind auch in den Jahren 2009/ 2010 durchschnittlich ca. 60 Fahrgäste pro Tag an dieser Haltestelle eingestiegen.

Der Regierungsrat sieht daher keinen ausreichenden Bedarf für das Ausrüsten der Haltestelle mit einem Wartehäuschen.

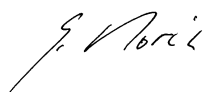
2. Weiteres Vorgehen und Termine

Durch die Anpassung der Strassenlinie kann das Planauflageverfahren zur Platzierung einer unterirdischen Wertstoffsammelstelle und die weiteren Massnahmen wie Trottoiranpassungen einsprachefähig publiziert werden. Sobald alle Bewilligungen vorliegen wird das Projekt voraussichtlich im Herbst 2011 ausgeführt.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Verbesserung Haltestelle J. Burckhardt-Str. Buslinie 37 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin